

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung
und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 2/1982 – Juni

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik blieb auch in den letzten Monaten von Stagnationserscheinungen gezeichnet. Die Mitte 1980 begonnene zyklische Krise dauert an, eine wirtschaftliche Belebung zeichnet sich zur Zeit nicht ab. Im ersten Halbjahr 1982 ist das Bruttosozialprodukt vielmehr wieder leicht zurückgegangen.

Entscheidendes Hemmnis für eine konjunkturelle Belebung bleibt die Schwäche des privaten Verbrauchs. Dieser ist nach dem Jahreswechsel besonders stark gesunken und verharrt zur Zeit auf diesem niedrigen Niveau. Nach Abschluß der größten Tarifbewegungen, die im Durchschnitt tarifliche Einkommensverbesserungen von weniger als vier Prozent gebracht haben, muß befürchtet werden, daß die schwache Verbrauchsnachfrage auch im weiteren Verlauf prägend bleibt.

Vor diesem Hintergrund hat bisher nur die ungewöhnlich starke Expansion der Exporte einen erneuten Produktionseinbruch verhindert. Da einerseits die diese Exporterfolge begünstigenden Sonderfaktoren – DM-Schwäche und OPEC-Bestellungen – inzwischen weitgehend weggefallen sind und die kapitalistische Weltwirtschaft andererseits ebenfalls in der Krise verharrt, haben sich die Auslandsbestellungen in den letzten Monaten spürbar verlangsamt.

Bei anhaltend rückläufigem privaten Verbrauch und deutlich verlangsamtem Exportwachstum können auch die verbesserten „Rahmenbedingungen“ für die Unternehmen – d. h. steigende Gewinne bei sinkenden Kosten – die unternehmerische Investitionstätigkeit nicht beleben. Die zuletzt wieder etwas gesunkene Kapazitätsauslastung – sie liegt bei etwa 78 Prozent – läßt arbeitsplatzschaffende Erweiterungsinvestitionen selbst bei großzügigster staatlicher Subventionierung unprofitabel erscheinen. Rationalisierung, Auslandsinvestitionen – hier wurde mit fast zehn Milliarden 1981 ein neuer Rekord erreicht – und finanzkapitalistische Operationen werden zu den profitabelsten unternehmerischen Betätigungsfeldern der großen, finanzstarken Konzerne.

Aus diesem Grund erreicht die von der Bundesregierung mit dem falschen Etikett „Beschäftigungsprogramm“ versehene Investitionsprämie das genaue Gegenteil des angegebenen Ziels: eine beschleunigte Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Sieht man von saisonal bedingten Schwankungen ab, so steigen die Arbeitslosenzahlen von Monat zu Monat weiter an. Während am Jahresbeginn noch mit einer jahresdurchschnittlichen registrierten Arbeitslosenzahl von 1,65 Millionen gerechnet worden war, werden nun für 1982 durchschnittlich 1,8 Millionen erwartet. Doch auch diese Ziffer wird überschritten werden, wenn es auch im zweiten Halbjahr 1982 nicht zu der erhofften konjunkturellen Belebung kommt.

Entscheidend für eine Beurteilung der aktuellen und kommenden Arbeitsmarktprobleme ist die Tatsache, daß es unabhängig vom Eintreten oder Ausbleiben konjunktureller Aufschwünge auch überzyklisch zu einem weiteren Anstieg der Unterbeschäftigung kommen wird. Selbst bei einem jahresdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum um 2,8 Prozent zwischen 1980 und 1990 wird nach einer Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung die Zahl der tatsächlichen Arbeitslosen (Registrierte und „stille Reserve“) von zur Zeit etwa 2,6 auf 3,7 Millionen ansteigen.

Doch um diese wirtschaftliche Wachstumsrate zu erreichen, muß die staatliche Wirtschaftspolitik endlich dazu beitragen, durch sinnvolle Beschäftigungsprogramme und eine Stabilisierung der Massenkaufkraft die drückende Nachfragerücke zu verkleinern, die die Wirtschaft im Teufelskreis von „Einsparungen“, Arbeitslosigkeit und neuen „Einsparungen“ hält.

Eine solche expansive Politik der Wirtschaftsbelebung ist dringend notwendig, keinesfalls aber reicht sie aus, um beschäftigungspolitische Erfolge zu erreichen. Keine noch so erfolgreiche Politik der Wirtschaftsstimulierung allein ist in der Lage, den weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit bis in die neunziger Jahre hinein zu verhindern.

Notwendig ist eine einschneidende Verkürzung der Arbeitszeit, die in ihrem Ausmaß der Tatsache Rechnung tragen muß, daß schon jetzt etwa zehn Prozent aller Erwerbspersonen ohne Beschäftigung sind. Zögernde Schritte, vorsichtige Testversuche können hier nicht mehr helfen: Nur noch wirklich einschneidende Eingriffe in die Wochenarbeitszeit können verhindern, daß selbst milde zyklische Wirtschaftskrisen in den achtziger Jahren die Arbeitslosigkeit in die Größenordnung der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 hochtreiben. Eine solche Entwicklung aber würde das „soziale Netz“ kaum tragen können. Eine ähnliche ökonomische und politische Dynamik wie in den dreißiger Jahren wäre dann nicht mehr ausgeschlossen.

Inhalt

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Produktion
- 1.3 Geld- und Kapitalmarkt
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Außenwirtschaft

2 Unternehmerrgewinne und Konzentration

- 2.1. Unternehmerrgewinne
- 2.2 Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1. Löhne und Gehälter
- 3.2 Preise
- 3.3 Tarifbewegung 1982
- 3.4 Die Streikentwicklung in den siebziger Jahren
- 3.5 Arbeitslosigkeit

1.1 Sozialprodukt

Das Bruttosozialprodukt (BSP) der Bundesrepublik ist nach ersten Berechnungen im ersten Halbjahr 1982 sowohl gegenüber dem Vorjahreszeitraum als auch gegenüber dem zweiten Halbjahr 1981 zurückgegangen. Die Prognosen für 1982 mußten infolgedessen zurückgenommen werden, inzwischen wird für das laufende Jahr noch ein geringfügiges Wirtschaftswachstum um 0,5 Prozent erhofft. Dabei wird angenommen, daß die ursprünglich für das Frühjahr 1981 erwartete Konjunkturbelebung nun endlich in der zweiten Jahreshälfte 1982 Konturen annimmt.

Wirtschaftsprognose 1982¹

	1981	1. Hj. 1982	2. Hj. 1982
BSP	-0,3	+ 0,5	+1,0
Privater Verbrauch	-1,1	- 1,0	0,0
Staatsverbrauch	+2,1	+ 1,0	+1,0
Anlageinvestitionen	-3,3	- 6,5	-4,0
Ausfuhr	+8,9	+10,0	+3,5

¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent, Schätzung des „Frühjahrsgutachtens“ der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute, in festen Preisen (Quelle: DIW-Wochenbericht, 18/1982)

Allein die kräftige Expansion des Exports hat im ersten Halbjahr 1982 einen neuen Konjunkturreinbruch verhindert. Die Impulse daraus haben aber zur Überwindung der nunmehr bereits zwei Jahre anhaltenden zyklischen Wirtschaftskrise nicht ausgereicht. Möglichen konjunkturellen Anstößen als Folge des vollendeten Lagerabbaus und langsam sinkender Zinsen steht für die nächsten Monate eine Exportverlangsamung gegenüber. Als entscheidend erweist sich daher für die konjunkturelle Situation der private Verbrauch. Konjunkturelle Auftriebskräfte werden so lange keine durchschlagende Wirkung erlangen, wie sich der private Verbrauch nicht zumindest stabilisiert.

1.2 Produktion

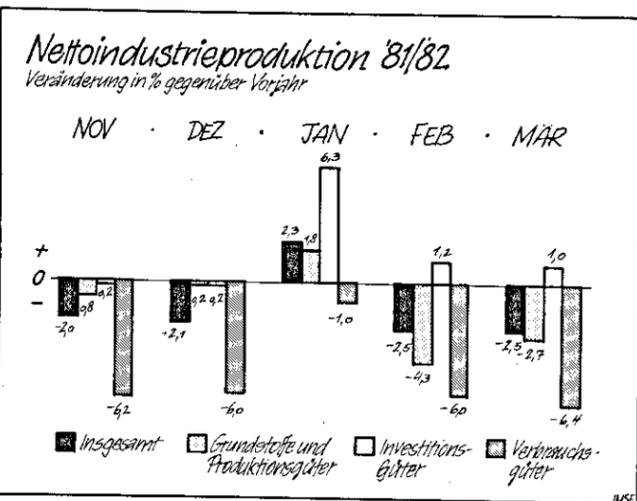
Die Erzeugung des produzierenden Gewerbes ist auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres nicht angestiegen. Die Stagnation der industriellen Produktion hält an, bei Schwankungen von Monat zu Monat.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe¹

	1981				1982
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
	108	108	108	106	106

¹ Index 1976 = 100 (Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, I.f.d.)

Da die Produktion nun schon seit dem dritten Quartal 1980 kaum Veränderungen in die eine oder andere Richtung aufweist, ergeben sich auch im Vorjahresvergleich nur kleine Abweichungen.



Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Insgesamt	-2,0	-2,1	+2,3	-2,5	-2,5
Grundstoffe und Produktionsgüter	-0,8	-0,2	+1,8	-4,3	-2,7
Investitionsgüter	-0,2	-0,2	+6,2	+1,2	+1,0
Verbrauchsgüter	-6,2	-6,0	-1,0	-6,0	-6,4

¹ 1981/82 in % gegenüber dem Vorjahr (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, I.f.d.)

Wie die Auftragsentwicklung deutlich macht, ist in naher Zukunft ebenfalls keine Veränderung zu erwarten. Die industriellen Auftragseingänge stagnieren, im März war sogar ein scharfer Rückfall zu verzeichnen.

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

	1981				1982
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
	107	107	106	106	104

¹ Volumen, Index 1976 = 100 (Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, I.f.d.)

Immer noch ist das im Vergleich zu den Inlandsaufträgen hohe Niveau der Auslandsbestellungen Hauptmerkmal der Situation. Real lagen die Inlandsbestellungen im März um drei Prozent unter dem Vorjahresstand, die aus dem Ausland dagegen um vier Prozent darüber.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt		Grundstoffe und Produktionsgüter		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Nov.	+12,5	+6,5	+11,3	+3,2	+15,4	+10,5	+6,4	+0,9
Dez.	+12,3	+5,9	+9,3	+0,6	+16,0	+11,0	+4,1	-1,3
Jan.	+2,8	-3,2	+0,3	-7,7	+5,6	+0,5	-1,7	-6,9
Febr.	+0,9	-4,9	+3,7	-4,0	+0,5	-4,4	-2,4	-7,4
März	+5,3	-0,8	+5,6	-1,9	+6,0	+0,6	+3,1	-2,3

(1) Zu jeweiligen Preisen (2) Preisbereinigt
¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr
² Vorläufige Zahlen
 (Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, I.f.d.)

Allerdings hat sich die Auftragsentwicklung in den letzten Monaten im Export abgeschwächt, bei anhaltender Stagnation der Inlandsaufträge.

Insgesamt waren die Aufträge real im Zweimonatszeitraum Februar/März um etwa 3,5 Prozent niedriger als im Dezember/Januar, wobei ausschlaggebend der Rückgang der Auslandsbestellungen um 7,5 Prozent gewesen ist.

Auftragseingänge nach Herkunft¹

	Verarbeiten- des Gewerbe insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
Inland				
Nov.	+3,7	+7,9	+1,5	+3,1
Dez.	+5,8	+4,5	+8,6	+1,1
Jan.	-1,3	-3,4	+1,4	-4,4
Febr.	-5,0	-2,5	-6,6	-4,3
März	+2,9	+4,7	+2,7	+1,2
Ausland				
Nov.	+31,5	+18,8	+38,1	+25,0
Dez.	+24,3	+18,4	+26,9	+21,2
Jan.	+10,7	+7,1	+12,2	+12,8
Febr.	+12,1	+14,3	+11,7	+7,1
März	+9,8	+7,0	+10,8	+12,1

¹ Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr (Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, I.f.d.)

Die beginnende Abschwächung bei den ausländischen Bestellungen war zu erwarten gewesen, da einige den Export der Bundesrepublik besonders begünstigende Faktoren – DM-Schwäche und hohe Finanzkraft der OPEC-Länder – inzwischen weitgehend weggefallen sind und die Konjunktur der wichtigsten kapitalistischen Länder immer noch keine Belebungsanzeichen erkennen läßt.

Vor diesem Hintergrund muß die anhaltende Schwäche in den Verbrauchsgüterbereichen als besonders besorgniserregend erscheinen. Betrachtet man die inländischen Bestellungen für das Verbrauchsgütergewerbe in saisonbereinigten Zahlen, so ist die Tendenz hier bis zum März 1982 durchweg rückläufig gewesen. Im März 1982 lag das Volumen der Auftragseingänge hier um nahezu 20 Prozent unter dem konjunkturellen Höchststand von Januar 1980. Der Index erreichte im ersten Vierteljahr 1982 den Stand von 93 Punkten, d. h. das Bestellniveau ist zur Zeit deutlich niedriger als im Basisjahr des Index 1976.

Gleichzeitig ist im ersten Vierteljahr 1982 ein scharfer Rückfall der inländischen Investitionsgüterbestellungen zu verzeichnen gewesen. Der Höchststand vom ersten Vierteljahr 1980 wurde um etwa 15 Prozent unterschritten.

Allgemein wird der Bestellrückgang auf eine „Wartehaltung“ der Unternehmer zurückgeführt, die vor Vergabe von Investitionsprojekten zunächst die endgültigen Beschlüsse über die Investitionsprämie abwarten wollten. Darüber hinaus aber dürfte auch die Zinsentwicklung einen bremsenden Effekt haben. Der langsame Rückgang der Kapitalmarktzinsen, eher gebremst von den zögernden Schritten der Zinssenkung durch die Bundesbank, bewirkt erfahrungsgemäß zunächst eine Wartehaltung bei den Kreditnehmern: In Erwartung eines weiteren Zinsrückgangs wird die Kreditaufnahme durch Private, vor allem kleine und mittlere Unternehmen, zurückgestellt. Entsprechend differenziert ist die Situation der einzelnen industriellen Branchen zu sehen.

Die **eisenschaffende Industrie** hofft, den Produktionstiefpunkt inzwischen hinter sich zu haben. Im ersten Vierteljahr 1982 lag die Rohstahlproduktion um drei Prozent über dem Vorjahresstand, allerdings wird für das ganze Jahr 1982 bestenfalls mit einem geringfügigen Produktionsanstieg gerechnet. Dagegen ist es den Konzernen gelungen, im Schutz der EG-Stahlpreispolitik „aus den roten Zahlen“ zu kommen. Im Februar lagen die Stahlpreise um fast 15 Prozent über dem Vorjahresstand. Die Kosten der mit der Unterauslastung der Kapazitäten – der Auslastungsgrad liegt zur Zeit bei etwa 60 Prozent – verbundenen Kapitalvernichtung konnte also auf die Stahlverbraucher abgewälzt werden.

In der **chemischen Industrie** stagniert die Produktion zur Zeit annähernd bei preisbedingt kräftig steigendem Umsatz. Haupttriebkraft ist hierbei der Export. Das traditionelle „Sorgenkind“, die Chemiefaserindustrie, konnte durch umfangreiche Arbeitsplatz- und Kapazitätsverrichtungen inzwischen wieder gewinnträchtig gestaltet werden. Nun aber konzentrieren sich die Auslastungsprobleme auf die Kunststoff- und Petrochemie, wo die Konzerne umfangreiche Überkapazitäten errichtet haben. Insgesamt dürfte die Situation der Chemieindustrie aber vergleichsweise günstig sein, sie profitiert bei steigenden Absatzpreisen von den sinkenden Rohstoffpreisen.

Der **Maschinenbau** hatte im Sog der hohen Auslandsbestellungen bisher relativ günstig abgeschnitten. Im ersten Quartal 1982 wurde allerdings über eine rückläufige Auftragsentwicklung geklagt. Dabei betrafen die Rückgänge sowohl das Inlands- wie das Auslandsgeschäft.

Günstige Entwicklungstendenzen in der **Elektrotechnik** sind allein auf den Aufwärtstrend bei elektrotechnischen Investitionsgütern zurückzuführen. Hier wirkt nach wie vor der Export als Triebkraft. Weiter verschlechtert hat sich die Lage dagegen im Bereich der elektrotechnischen Gebrauchsgüter. Hier hat sogar in den letzten Monaten der Lagerdruck von Fertigwaren wieder zugenommen. Für die Branche wird aber ein leichter Produktionsanstieg erwartet.

In der **Automobilindustrie** scheint die konjunkturelle Schwäche zunächst überwunden. Im ersten Vierteljahr 1982 erhöhte sich die PKW-Produktion um mehr als 16 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Dies war allerdings allein auf den Export zurückzuführen: Hier wurden die Absatzziffern um 25 Prozent gesteigert, während im Inland die Zulassungszahlen weiter rückläufig sind. Dies ist vor allem

auf eine längere Nutzungsdauer von PKW zurückzuführen, die Verbraucher halten sich mit Neuanschaffungen stark zurück.

In der **Textil- und Bekleidungsindustrie** ist die Situation unverändert gedrückt. Zwar schafft der Export gewisse Erleichterungen, trotzdem bestimmt die ungünstige Absatzlage im Inland das Gesamtbild. Im Handel zwingen volle Läger die Geschäfte zu Sonderaktionen, so daß auch für die nähere Zukunft keine Besserung zu erwarten ist. Der seit 1976 anhaltende rückläufige Trend der Produktion setzt sich weiter fort.

Die **Bauwirtschaft** befindet sich immer noch in einer besonders tiefen Krise. Dabei scheint sich der Rückgang im laufenden Jahr eher noch zu verstärken. Für 1982 wird ein Rückfall der Bauproduktion um sieben Prozent erwartet, vor allem der öffentliche Bau erweist sich mit einem Rückgang um 12 Prozent als krisenträchtig. Auch die langsam sinkenden Hypothekenzinsen versprechen keine Belebung des Wohnungsbaus in der näheren Zukunft: Zunächst wird dadurch ein gewisser „Attentismus“ ausgelöst, die Bauherren warten auf einen deutlicheren Rückgang.

Der **Einzelhandel** spürt die Schwäche des privaten Verbrauchs und die als Folge des Rückgangs der realen Arbeitseinkommen notwendigen Sparmaßnahmen der Verbraucher unmittelbar. Im Januar/Februar 1982 lagen die Einzelhandelsumsätze real nochmals um sechs Prozent unter dem ohnehin gedrückten Vorjahresstand.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Produzierendes Gewerbe insgesamt	-2,0	-2,1	+2,3	-2,5
Eisenschaffende Industrie	+3,6	+10,9	+5,5	+0,4
Chemische Industrie	+0,7	-0,7	-0,2	-6,1
Maschinenbau	-1,3	+1,6	-5,9	+4,5
Straßenfahrzeugbau	+11,0	+13,0	+20,2	+7,2
Elektrotechnik	-3,3	-2,6	+9,7	+2,1
EDV-Geräte	-1,2	-18,7	+3,8	-7,5
Textilgewerbe	-7,6	-4,3	+1,7	-3,6
Bekleidungsindustrie	-10,9	-11,2	-7,9	-10,6
Bauhauptgewerbe	-7,0	-16,0	-12,1	-11,7

¹ In % gegenüber dem Vorjahr (Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht)

Die Gesamtsituation im produzierenden Gewerbe bietet keinen Anlaß zu Optimismus. Die Überwindung der Krise in der Automobilindustrie ist zwar auch gesamtwirtschaftlich bedeutsam, die einseitige Stabilisierung über den Export beinhaltet aber auch hier noch Unsicherheitsmomente. Angesichts eines allmählich nachlassenden Auftriebs im Export fehlen noch immer auf den Inlandsmärkten die Belebungsmomente. Zwar gehen in weiterer Zukunft von den Zinssektions-tendenzen – die bisher noch zaghaft sind – gewisse Erleichterungen aus, entscheidend bleibt aber die gedrückte Absatzlage in den Verbrauchsgüterbereichen. Ohne eine Stabilisierung des privaten Verbrauchs wird es auch bei den Investitionen zu keinem durchgreifenden Aufschwung kommen.

1.3 Geld- und Kapitalmarkt

Seit etwa Mitte 1981 herrscht auf dem Kreditmarkt eine zwiespältige Lage: Die Kredite an Unternehmen und Private zeigen eine deutliche Verlangsamung (Ende März dieses Jahres sind sie nur um knapp sechs Prozent höher gewesen als im Vorjahr); die Bankverschuldung der öffentlichen Haushalte hat sich dagegen stark erhöht (die Zuwachsraten sind Ende März doppelt so hoch gewesen wie Ende 1980). Eine besonders starke Abschwächung haben die kurzfristigen Kredite zu verzeichnen. Die Bundesbank schreibt: „Hierfür war wohl maßgebend, daß der Wirtschaft aus dem Zahlungsverkehr mit dem Ausland und aus den Kassentransaktionen der öffentlichen Haushalte umfangreiche liquide Mittel zuflossen“ (vgl. **Monetäre Entwicklung im März 1982**, in „Pressenotiz“ vom 23. April d. J.). Außerdem hat sich die Eigenfinanzierungsquote der Unternehmen verbessert: Sie war im zweiten Halbjahr 1981 mit 90,5 Prozent deutlich höher als im ersten Halbjahr desselben Jahres und 1980, als sie 79,5 Prozent betrug.

Die starke Zunahme der Nettoauslandsforderungen 1981 und im 1. Quartal 1982 ist ausschließlich den Kreditinstituten zu verdanken, deren Aktivsaldo gegenüber Ende 1980 um 14 Milliarden DM, d. h. um die Hälfte, gestiegen ist.

Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1980 Dezember Milliarden DM	1981 März	1982 ² März	1980 Veränderungen geg. Vorjahr in %	1981	1982 ²
Kredite an inländische Nichtbanken	1477,0	1609,2	1617,6	9,3	9,0	8,1
- Unternehmen u. Private	1140,4	1223,1	1222,2	9,7	7,3	5,7
- Öffentliche Haushalte	336,6	386,1	395,4	8,0	14,7	16,2
Netto-Auslandsforderungen	94,9	110,6	109,9	-9,7	16,5	19,7
Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten ¹	832,5	943,8	965,5	9,6	13,4	10,6
darunter:						
Spareinlagen und -briefe	283,7	295,8	294,2	6,0	4,3	5,3
Geldvolumen (M ₃)	739,4	776,0	762,0	6,2	4,9	6,5

¹ Einschließlich „Zentralbankeinlagen der öffentlichen Haushalte“ und „Sonstige Einflüsse“
² Vorläufige Zahlen
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte)

Im Sog der steigenden Zinsen zeigt die Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten seit nunmehr drei Jahren eine rapide Zunahme: Starkes Kaufinteresse finden die besserverzinsten Anlagen, d. h. die Bankschuldverschreibungen, die Käufe lagen Ende März um 17,5 Prozent höher als im Vorjahr, gegenüber einer Zuwachsrate von acht Prozent Ende 1978.

Was den Kapitalmarkt betrifft, so war sowohl auf dem Primär- als auch auf dem Sekundärmarkt 1981 und im 1. Vierteljahr 1982 eine rege Tätigkeit zu verzeichnen. Wie aus der Tabelle „Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren“ hervorgeht, wurden 1981 Neuemissionen im Wert von 73 Milliarden DM abgesetzt und damit viel mehr als im bisherigen Rekordjahr 1977, als festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 54 Milliarden emittiert wurden. Dieses Resultat ist auf den Absatz von Bankschuldverschreibungen insgesamt zurückzuführen. Die Aufnahmebereitschaft des Rentenmarktes bleibt auch im 1. Quartal dieses Jahres sehr hoch; in diesem Zeitraum stellt die öffentliche Hand (Anleihen und Kommunalobligationen) mit dreiviertel des Gesamtvolumens bei weitem den größten Emittenten dar.

Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren (Milliarden DM)

	1979	1980	1981	1982 ¹
			Jahr	1. Vj.
Anleihen der öffentlichen Hand	6011	4934	-2608	2831
Kommunalobligationen	15196	24758	36729	12054
Sonstige Bankschuldverschreibungen	21155	16679	33723	13894
Industrieobligationen	-1116	-1263	-972	-270
Ausländische Rentenwerte	3726	7338	6131	1728
Absatz = Erwerb insgesamt	44972	52556	73003	30237
darunter:				
Kreditinstitute	3740	17316	17565	2497
Inländische Nichtbanken	39301	33188	57076	27789

¹ Vorläufige Zahlen
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte)

Aus der gegenwärtigen Entwicklung der öffentlichen Nachfrage am Kredit- und Wertpapiermarkt ziehen die Sprecher des Großkapitals

den Schluß, daß die öffentliche Hand die Privatnachfrage verdrängt. In einer ökonomischen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wird diese These widerlegt, derzufolge die höhere staatliche Kreditaufnahme die Zinsen treibe und eine Belebung der privaten Investitionsneigung verhindere: „Das DIW hat versucht, solche Zinseffekte mit Hilfe des ökonomischen Modells der Forschungsinstitute zu quantifizieren. Die Ergebnisse rechtfertigen diese Befürchtungen nicht. Entscheidender für die Zinsentwicklung als die behaupteten Crowding-out-Effekte einer hohen Staatsverschuldung ist die Geldpolitik. Nur wenn diese auf hohe Staatsverschuldung mit einer Verschärfung der Restriktionen antwortet, ergeben sich fühlbare Zinssteigerungen.kehrte sie hingegen auf den potentialorientierten Kurs zurück, wäre mit einer höheren staatlichen Nettokreditaufnahme eine Zinssenkung durchaus vereinbar.“ (BRD: Gemeinschaftsinitiative ohne mittelfristige Perspektive, in „Wochenbericht“, Nr. 11, vom 18. März 1982.)

Auf dem Sekundärmarkt waren die Börsenumsätze von inländischen festverzinslichen Wertpapieren 1981 umfangreicher als 1980, obwohl im Vorjahr die Durchschnittskurse stark gesunken sind; in den ersten Monaten des laufenden Jahres ist der Handel mit Rentenwerten nochmals gewachsen. Eine ähnliche Entwicklung war und ist nach wie vor auf dem Aktienmarkt zu beobachten. Die gegenwärtige gute Verfassung des Kapitalmarktes wird durch die Mittelbeschaffung der Investmentfonds noch unterstrichen: Nachdem es 1980 und 1981 zu einem Nettoverkauf von Investmentanteilen in Höhe von jeweils 1,2 und 2,5 Milliarden gekommen war, scheint 1982 erneut der Nettoerwerb von Investmentzertifikaten zu überwiegen.

Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrentkredite ¹	Renditen von Anleihen der öffentlichen Hand	Index der Aktienkurse ²
	in %		29. 12. 1972 = 100
1980			
1. Vj.	10,04	8,7	99,7
2. Vj.	11,29	8,8	97,8
3. Vj.	11,53	7,9	101,5
4. Vj.	11,51	8,6	99,3
1981			
1. Vj.	12,24	9,8	98,2
2. Vj.	14,36	10,6	103,7
3. Vj.	14,58	11,1	105,3
4. Vj.	14,15	10,0	99,8
1982			
1. Vj.	13,55	9,7	101,2

¹ Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM
² Statistisches Bundesamt
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte)

Die seit Mitte 1978 steigende Tendenz der Zinsen und Renditen am Geld- und Kapitalmarkt ist vorläufig beendet: Im Durchschnitt des Jahres 1981 haben die Renditen von Anleihen der öffentlichen Hand das Rekordniveau von 1974 erreicht; vom letzten September bis März d. J. sind sie um etwa 1,5 Prozentpunkte zurückgegangen.

Im 1. Quartal d. J. haben sich die Aktienkurse leicht erholt, aber ihr gegenwärtig erreichtes Niveau ist praktisch nicht höher als vor zehn Jahren, obwohl die DM in diesem Zeitraum eine starke Entwertung erfahren hat. Das beweist, daß die Aktien im allgemeinen keine sichere Anlage gegen die Inflation bilden, eine Einsicht, die sich inzwischen auch bei den bürgerlichen Finanzkommentatoren durchgesetzt hat: „Der Durchschnittskurs der Aktien liegt um mehr als 1/3 unter dem vor zwanzig Jahren erreichten Stand. Unter Berücksichtigung der Geldentwertung verdoppelt sich der Wertverlust sogar. Die Aktie war also – entgegen früheren Hoffnungen – keineswegs eine inflationssichere Geldanlage“ („Die Zeit“, Nr. 2 vom 8. Januar 1982).

1.4 Investitionen

Die Investitionstätigkeit ist nach wie vor gedrückt, gegenwärtig scheint sich der Rückgang der Investitionen sogar etwas beschleunigt zu haben. Gesamtwirtschaftlich ist das Niveau der Anlageinvestitionen im ersten Halbjahr 1982 um mehr als sechs Prozent niedriger gewesen als in der gleichen Vorjahreszeit.

Anlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft¹

	1. Hj. 1981	2. Hj. 1981	1. Hj. 1982 ²	2. Hj. 1982 ²
Ausrüstungen	-1,0	-4,9	-6,0	-0,5
Bauten	-4,8	-2,3	-6,5	-6,0
Insgesamt	-3,2	-3,4	-6,5	-4,0

¹ Real, Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr
² Schätzung bzw. Prognose
(Quelle: „Frühjahrgutachten“, DIW-Wochenbericht, 18/1982)

In der zweiten Jahreshälfte wird eine Belebung der Investitionsgüterbestellungen als Folge der beschlossenen Investitionsprämie in Höhe von zehn Prozent auf diejenigen Investitionen, die über dem Durchschnitt der letzten drei Jahre liegen, erwartet. Dies wird sich aber erst im Jahre 1983 auswirken. Zudem ist insgesamt kaum ein zusätzlicher Investitionsimpuls zu erwarten, es wird lediglich zu einer zeitlichen Verlagerung von ohnehin geplanten Investitionen kommen.

In der verarbeitenden Industrie, die in ihren Investitionen konjunkturell besonders reagibel ist, wird für 1982 nach den Befragungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung erneut ein Rückgang um real zwei Prozent erwartet, nachdem sie im Vorjahr um real fünf Prozent gesunken waren. Für 1983 wird nach den vorliegenden Investitionsplanungen mit einer Stagnation auf dem erreichten niedrigen Niveau gerechnet.

Auch mittelfristig, d. h. bis 1986, sollen die industriellen Investitionen nach den Planungen der Unternehmen nur langsam zunehmen.

Investitionstätigkeit der verarbeitenden Industrie

	1967-1971	1972-1976	1977-1981	1982-1986
Bruttoanlageinvestitionen ¹	30,9	28,9	30,5	35,5
Investitionsquote ²	6,1	4,5	4,1	4,1

¹ Mrd. DM, in Preisen von 1970, jährliche Investitionssumme
² Bruttoanlageinvestitionen in % vom Umsatz, jeweilige Preise
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 11/1982, S. 8)

Auf kurze Sicht haben sich die Perspektiven jedenfalls nicht aufgehellt. Dabei ist bemerkenswert, daß der Auslastungsgrad der Kapazitäten, der im letzten Vierteljahr von 1981 leicht um ein Prozent auf 79,3 Prozent angestiegen war, im März wieder auf den Stand von etwa 78 Prozent zurückgefallen ist. Ohne eine deutliche Verbesserung des Auslastungsgrads aber wird es bei den Erweiterungsinvestitionen zu keiner Belebung kommen. Zwar stellt der zur Zeit bei 80 Prozent liegende Anteil der Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen eine gewisse „untere Auffanglinie“ der Investitionstätigkeit dar. Ihr Umfang reicht jedoch nicht aus, um einen investitionsinduzierten Wirtschaftsaufschwung zu bewirken. Daher ist eine Verbesserung der Absatzverhältnisse vor allem auf den Inlandsmärkten gegenwärtig die wichtigste Voraussetzung für einen wirksamen konjunkturellen Impuls, der zumindest den Anstieg der Arbeitslosenzahlen verlangsamten könnte.

1.5 Außenwirtschaft

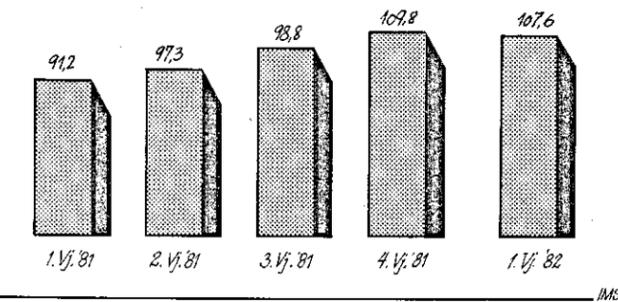
Die in den letzten beiden Jahren vielbeklagten „außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen“ der Bundesrepublik haben sich rapide verbessert, weit rascher und durchschlagender, als es erwartet worden war. Die Verbesserung beruht vor allem auf den unerwartet rasch expandierenden Exporten, eine Entwicklung, die den Unternehmern Klagen über eine angeblich bedrohte oder bereits verschlechterte internationale Konkurrenzfähigkeit des Landes jede Grundlage entzogen hat.

Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo	
	In Mrd. DM	% ¹	In Mrd. DM	% ¹	In Mrd. DM	% ¹
1. Vj. 81	91,2	+ 2,6	91,4	+ 6,2	- 0,2	—
2. Vj. 81	97,3	+11,2	90,7	+ 5,7	+ 6,6	+ 28,0
3. Vj. 81	98,8	+19,2	91,7	+12,8	+ 7,1	+ 34,4
4. Vj. 81	109,8	+20,5	95,4	+ 8,4	+14,4	+364,5
1. Vj. 82	107,6	+18,0	96,5	+ 5,6	+11,1	—

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank)

Außenhandel der BRD
Exporte in Mrd. DM



Das Defizit in der Leistungsbilanz – eine Zusammenfassung von Handels-, Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz – ist im ersten Vierteljahr 1982 fast verschwunden: es belief sich nur noch auf 1,7 Milliarden DM, gegenüber 9,1 Milliarden in der gleichen Vorjahreszeit. Das „Frühjahrgutachten“ der Wirtschaftsforschungsinstitute erwartet für das ganze Jahr 1982 bereits wieder einen Überschuß in Höhe von rund fünf Milliarden DM, die OECD sogar in Höhe von neun Milliarden. Ursachen dieser Entwicklung sind einerseits die mengenmäßigen Exporterfolge und die Reduktion der Importe vor allem von Rohöl, aber auch die Verbesserung der internationalen Austauschverhältnisse der Bundesrepublik („Terms of Trade“). Inzwischen steigen die Exportpreise wieder rascher als die Importpreise. Dies hängt sowohl mit den sinkenden Rohstoffpreisen als auch mit dem stabilisierten Wechselkurs der DM zusammen.

Terms of Trade¹

Jahr	1981					1982	
	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan. Febr.
1980	86,3	85,1	82,3	86,1	87,4	87,2	88,0
1981							86,6 87,2

¹ Index 1976 = 100
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifo.)

Angeht es einer im letzten Jahr defizitären Leistungsbilanz und einer verbreiteten inländischen Investitionsschwäche ist die Expansion der Direktinvestitionen im Ausland bemerkenswert. Sie erreichten einen Umfang von nahezu zehn Milliarden DM. Offensichtlich geht jede zyklische Wirtschaftskrise einher mit einer sprunghaftigen Steigerung der Auslandsinvestitionen. Die Krise 1966/67 löste einen Niveauanstieg von einer auf drei Milliarden jährlich aus, 1973 erhöhte sich der Umfang von drei auf fünf Milliarden, 1979/80 wurden mehr als acht Milliarden erreicht. Hauptempfangsland sind auch 1981 die USA geblieben, die etwa ein Drittel der Mittel aufnahmen. Allerdings hat sich 1981 der Anteil der Entwicklungsländer von 14 auf 23 Prozent erhöht, mit 2,3 Milliarden DM wurde dort etwa doppelt soviel investiert wie im Vorjahr.

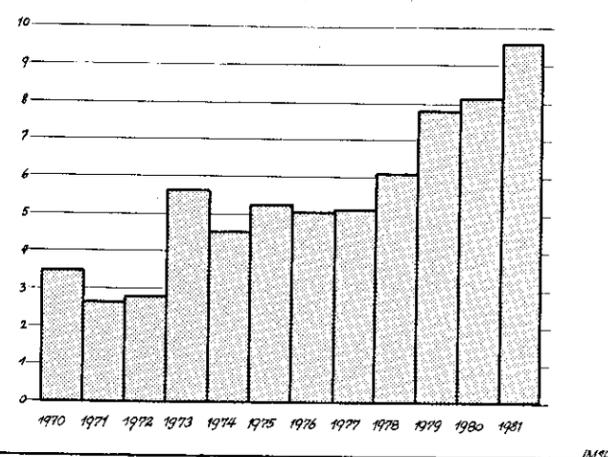
Direktinvestitionen im Ausland¹

	Jährliche Zunahme	Bestand
1970	3495	21113
1971	2668	23781
1972	2816	26597
1973	5638	32235
1974	4530	36765
1975	5227	41992
1976	5056	47048
1977	5094	52142
1978	6050	58100
1979	7800	66000
1980	8160	74200
1981	9600	83800

¹ In Millionen DM
(Quelle: Ifo-Schnelldienst 20/78, S. 9; Bundeswirtschaftsministerium lt. Pressemitteilungen)

Direktinvestitionen im Ausland

Jährliche Zunahme in Millionen DM



Eine stabile DM begünstigt zwar den Trend zu Auslandsinvestitionen, wie die beiden letzten Jahre zeigen, ist der Wechselkurs jedoch nur ein Faktor unter vielen.

Für den Außenhandel spielt er jedoch nach wie vor eine wichtige Rolle. Die vor allem gegenüber dem Dollar zeitweilig sehr schwache DM hat eine sprunghafte Steigerung der Exporte in den Dollar-Raum ausgelöst.

Die Stabilisierung der DM ist daher einer der Faktoren, der in der nächsten Zukunft eine Verlangsamung der Außenhandelsentwicklung bewirken wird. Außerdem haben sich die Finanzierungsmöglichkeiten vieler OPEC-Länder unter dem Einfluß sinkender Rohölpreise und rückläufiger Absatzmengen stark verschlechtert. Der Überschuß in den Zahlungsbilanzen der OPEC-Länder wird nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds von 110 Milliarden Dollar im Jahre 1980 im laufenden Jahr auf 25 Milliarden sinken, einige OPEC-Staaten dürften sogar ins Defizit geraten. Dies stellt auch für die Exporte der BRD eine merkliche Verengung des Spielraums dar.

Während die im letzten Jahr für die BRD günstigen Sonderbedingungen im Export wegfallen, setzt sich die Stagnation im Welthandel fort. Nach einem Rückgang des Welthandelsvolumens um ein Prozent im Jahre 1981 – vor allem als Folge sinkender Erdölimporte – wird für 1982 nur ein leichter Anstieg um zwei Prozent erwartet. Dies hängt vor allem mit der andauernden Krise in den kapitalistischen Ländern zusammen; die OECD erwartet für 1982 für die 24 Industriestaaten der kapitalistischen Welt nur noch ein Sozialproduktwachstum um 0,3 Prozent. Im Dezember war noch mit einer Wachstumsrate von 1,25 Prozent gerechnet worden. Vor allem die anhaltende Wirtschaftskrise in den USA bestimmt das Bild der kapitalistischen Weltwirtschaft, während in Westeuropa Stagnationstendenzen vorherrschen. Selbst in Japan ist die Wirtschaft wieder in eine Stagnationsperiode eingetreten, die Wachstumsrate für das ganze Jahr 1982 wird zur Zeit auf 2,5 Prozent geschätzt. Für japanische Verhältnisse ist dies ein sehr schlechtes Ergebnis. Die immer noch zentrale Stellung der USA in der kapitalistischen Weltwirtschaft – immerhin produzieren USA und Kanada mehr als 40 Prozent des Sozialprodukts der kapitalistischen Industrieländer – bedingt eine ausschlaggebende Bedeutung Nordamerikas für den kapitalistischen Zyklus: Eine Überwindung der zyklischen Wirtschaftskrise des Kapitalismus kann erst erwartet werden, wenn dort die Abschwungkkräfte an Einfluß verlieren.

Als besonderes Merkmal der gegenwärtigen zyklischen Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft muß die Tatsache gewertet werden, daß erstmals viele der sich industrialisierenden Entwicklungsländer voll in den kapitalistischen Krisenzyklus integriert wurden. So gab es in Brasilien 1981 erstmals seit 16 Jahren einen Rückgang des Sozialprodukts, der mit 3,5 Prozent zudem kräftig ausfiel. Aber auch Argentinien und Chile gerieten in eine tiefe zyklische Krise, in Chile erreichte die Arbeitslosigkeit im Frühjahr mit 18,5 Prozent der Erwerbspersonen wieder den höchsten Stand seit 1976. Nach einer Prognose der Vereinten Na-

tionen wird das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern erstmals seit langer Zeit auf Null sinken.

Als Begrenzung für den Welthandel erweist sich zusätzlich die hohe und rapide ansteigende Verschuldung vieler Länder und Regionen gegenüber privaten Geschäftsbanken.

Gläubigerländer und -regionen 1981¹

	Guthaben	Verschuldung
Sozialistische Länder Osteuropas darunter:	14,80	60,77
Sowjetunion	8,43	15,90
DDR	2,13	10,10
Polen	0,72	14,73
Kapitalistisches Westeuropa	47,66	77,05
Lateinamerika darunter:	58,63	182,68
Mexiko	12,14	55,28
Brasilien	4,82	49,74
Argentinien	6,57	22,92
Afrika	19,58	36,87
Asien	86,66	108,05

¹ Schulden bzw. Guthaben gegenüber Banken in Milliarden Dollar, d. h. Verschuldung auf den „Eurokapitalmärkten“ (Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich [BIZ], lt. Frankfurter Allgemeine v. 18. 5. 1982)

Diese Statistik, die die Verschuldung der Länder gegenüber den international tätigen Geschäftsbanken zeigt, macht deutlich, daß vor allem in Lateinamerika die Verschuldung lebensbedrohlich für die Gläubigerstaaten geworden ist. Dagegen erweist sich die hierzulande in der Massenpresse – die seriösere Wirtschaftspresse ist da vorsichtiger – verbreitete Legende von der gefährdeten Zahlungsfähigkeit der sozialistischen Länder als gegenstandslos. Brasilien allein trägt eine ebenso hohe Schuldenlast wie das ganze sozialistische Lager zusammen.

2 Unternehmerrgewinne und Konzentration

2.1 Unternehmerrgewinne

Die Unternehmerrgewinne als gewöhnlich konjunkturrempfindliche Größe sind auch nach dem Beginn der zyklischen Krise im zweiten Halbjahr 1980 zurückgegangen. Der Rückgang hat sich im ersten Halbjahr 1981 fortgesetzt. Zur Jahresmitte 1981 kam es jedoch zu einer Umkehrung dieser Entwicklung: Obwohl die zyklische Krise andauert, steigen die Unternehmerrgewinne seit dem zweiten Halbjahr 1981 wieder an. Was die Gewinnentwicklung betrifft, so hat die Krise also ihre „Reinigungsfunktion“ erfüllt: die Lohnkosten wurden gesenkt, die Beschäftigung der gesunkenen Produktion „angepaßt“, die Arbeit intensiviert.

Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen¹

	1980		1981		1982 ²	
	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Brutto	+4,8	-1,4	-6,4	+4,0	+ 9,5	+ 9,5
Netto	+6,5	-0,8	-6,1	+6,4	+12,5	+10,0
Zum Vergleich:						
Nettolohn- u. -gehalts-						
summe	+6,7	+6,1	+4,3	+4,0	+ 2,0	+ 1,5

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

² Schätzung des „Frühjahrsgutachtens“ (Quelle: DIW-Wochenbericht 18/1982)

Zur Zeit ernten die Unternehmer also die „Früchte“ der Krise, ohne daß ein Aufschwung in Sicht wäre. Selbst wenn man einen gewissen zeitli-

chen Verzögerungseffekt einbezieht, müßten nun die Investitionsaufträge des Inlands als Reaktion auf die seit dem zweiten Halbjahr 1981 expandierenden Gewinne verstärkt fließen. Doch davon ist keine Rede: Die „Frankfurter Allgemeine“ überschrieb ihren Konjunkturbericht vom Mai mit dem Titel: „Noch kein Mut zum Investieren“. Obwohl die als Krisenerklärung benutzten ungünstigen „Rahmenbedingungen“ der Unternehmen – zu niedrige Gewinne, Leistungsbilanzdefizit, steigende Rohölpreise usw. – sich sämtlich erheblich „verbessert“ haben, hält die Stagnation an, steigt die Arbeitslosigkeit weiter. Dies ist aber für die konservativen „angebotsorientierten“ Wirtschaftswissenschaftler beileibe kein Anlaß, ihre Erklärungsmuster in Frage zu stellen: Die „Rahmenbedingungen“ müssen eben noch stärker zugunsten der Unternehmer verbessert werden. Eine Wirtschaftspolitik, die diesen Rezepten folgt, gerät in Gefahr, die Krise zu verlängern, weil sie den Nachfragerückgang im Inland verstärkt.

Anzumerken ist dabei auch, daß die globale Kategorie „Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen“ typische Unterschiede in der Gewinnentwicklung verwischt. So muß als Merkmal gegenwärtig eine ausgeprägte Differenzierung der Gewinne zwischen dem monopolistischen Bereich einerseits und den zahlreichen kleinen und mittleren Unternehmen andererseits gesehen werden. Während die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche ihren Höhepunkt immer noch nicht erreicht hat, wird z. B. von der „Deutschen Gesellschaft für Anlageberatung“ (Degab) für 1982 ein Anstieg der Erträge der börsennotierten Aktiengesellschaften – also der großen Konzerne – um zehn Prozent erwartet.

Dies hängt unter anderem mit der Tatsache zusammen, daß die großen Konzerne in wachsendem Ausmaß Profite aus anderen Bereichen beziehen, d. h. die Erträge aus finanzkapitalistischen Operationen rascher wachsen als die aus der eigenen Produktion. Das zeigt eine Untersuchung über die Entwicklung der Konzernprofite, die laufend im Berliner (DDR) „Institut für Internationale Politik und Wirtschaft“ (IPW) vorgenommen wird und auf der Analyse der Geschäftsberichte der 100 größten Industriekonzerne der Bundesrepublik basiert.

Profit der 100 größten Aktiengesellschaften der BRD

	Gesamtprofit (Mrd. DM)	Anteile in % Aus eigener Produktion	Andere Quellen
1965	17,7	85,6	14,4
1970	30,1	79,6	20,4
1975	41,0	75,4	24,6
1980	65,0	74,9	25,1

(Quelle: IPW-Berichte, Nr. 2/1982, Berlin/DDR)

Das hohe Zinsniveau dürfte dafür gesorgt haben, daß sich diese Entwicklung bis ins laufende Jahr fortgesetzt hat. Auch aus diesem Grunde ist die globale Gewinnstimulierungspolitik der Bundesregierung weitgehend unwirksam. Denn ein erheblicher Teil der verausgabten Mittel fließt in die Kassen von Konzernen, die keinerlei Finanzierungsprobleme haben, die dafür vielmehr Anlagemöglichkeiten außerhalb der produktiven Sphäre suchen. Insofern dienen die über Subventionen oder Steuererleichterungen dem Wirtschaftskreislauf entzogenen Mittel zur weiteren Aufblähung des unproduktiven Sektors oder fließen auf internationale Kapitalmärkte, während die Produktion und die Investitionstätigkeit stagniert. Die bei den großen Konzernen überschüssigen Mittel speisen u. a. den wachsenden internationalen Kapitalmarkt (Euromarkt). Nach der oben erwähnten Statistik der BIZ erreichten die Auslandsforderungen der Geschäftsbanken 1981 die astronomische Summe von 1542 Milliarden Dollar, weit mehr als das Doppelte des Bruttosozialprodukts der Bundesrepublik. Diese Ausdehnung der Sphäre des Geldkapitals ist ein Ausdruck und eine verstärkende Ursache von Krise und Stagnation.

2.2 Konzentration

Daß die gegenwärtig betriebene Wirtschaftspolitik nicht nur unsozial und arbeiterfeindlich ist, sondern auch in hohem Maße konzentrationsfördernd, belegt die Insolvenzenentwicklung der letzten Jahre. Die „konservative Wende“ der staatlichen Wirtschaftspolitik setzt auf die Monopole, nimmt den massenhaften Zusammenbruch kleinerer und mittlerer Betriebe bewußt in Kauf.

1981 haben die nahezu 12000 Insolvenzen und Unternehmenszusammenbrüche mehr als 300000 Arbeitsplätze gekostet. Der „Verband der Vereine Creditreform“ schätzt die „volkswirtschaftlichen Schäden“ auf 18,5 Milliarden DM allein im abgelaufenen Jahr.

Im laufenden Jahr wird die Zahl der Pleiten weiter wachsen. Im ersten Quartal 1982 wurden insgesamt etwa 3700 Insolvenzen registriert, gegenüber 2748 in der gleichen Vorjahreszeit. Betroffen sind überwiegend kleine und mittlere Betriebe, obwohl es auch zahlreiche Zusammenbrüche größerer Unternehmen gegeben hat (z. B. Dual, Kreidler, Rolle).

Unternehmenszusammenbrüche nach Betriebsgrößen 1981

Beschäftigte	Unternehmenszusammenbrüche Anteile in %	Je 10000 Unternehmen
1– 5	33,7	35
6– 10	16,5	84
11– 20	16,5	210
21– 50	15,8	370
51–100	7,5	501
101–200	4,8	624
201–500	2,3	478
Über 500	0,6	306

¹ Rest auf 100 ohne Angaben

(Quelle: Verband Vereine Creditreform, lt. Handelsblatt v. 15. 3. 1982)

Demnach entfielen 1981 etwa 82 Prozent aller Insolvenzen auf Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten. Allerdings scheint die relative Häufigkeit nach der abgedruckten Tabelle mit der Betriebsgröße zunächst zuzunehmen. Erst bei Unternehmen mit über 200 Beschäftigten nimmt die relative Häufigkeit wieder ab.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß kleine und kleinste Betriebe bei Zahlungsschwierigkeiten nur selten Konkurs anmelden. Bei diesen Größenklassen werden Betriebsschließungen in der Regel „still“ abgewickelt, d. h. ohne eine offizielle Konkursanmeldung.

Auf der anderen Seite ist der Konzentrationsprozeß weiter vorangeschritten, auch 1981 wurden mit über 600 Fusionen etwa ebensoviel Unternehmenszusammenschlüsse wie in den Vorjahren registriert.

Ausdruck dieser Tendenz ist auch das Umsatzwachstum bei den großen Konzernen, das wiederum stärker war als in der Gesamtindustrie.

Die 10 größten Industriekonzerne 1981

	Umsatz in Mrd. DM	
	1980	1981
Veba	42,0	49,6
VW	33,3	39,0
Daimler	31,1	36,6
Siemens	32,0	34,6
Hoechst	29,9	34,4
BASF	30,0	34,2
Bayer	28,8	33,7
Thyssen	27,1	28,2
Deutsche BP	22,3	24,2
Klöckner	20,6	20,7
10 größte zusammen	297,1	335,2
Industrieumsatz insgesamt	1196,0	1233,0
Anteil der 10 Größten in %	24,8	27,2

(Quelle: Frankfurter Allgemeine v. 27. 3. 1982)

Wenn also die Parole der offiziellen Wirtschaftspolitik „mehr Markt“ heißt, so darf dies nicht im Sinne traditioneller „ordoliberaler“ Positionen verstanden werden, die eine Rückkehr zur „freien Konkurrenz“ des 19. Jahrhunderts anstreben. Insbesondere in den USA werden die Monopole nun explizit als wichtige Träger der wirtschaftlichen Entwicklung gefördert, die Bestimmungen des Wettbewerbsrechts werden ausgehöhlt oder gelockert. So heißt es in dem als „Bibel“ der konservativen Wirtschaftspolitik geltenden Buch „Reichtum und Armut“ von George Gilder: „Monopole (sind) gut ... Je dynamischer und erfindere-

rischer eine Wirtschaft, um so mehr Monopole wird sie hervorbringen" (Berlin/BRD 1981, S. 54).

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die Entwicklung der tariflichen Löhne und Gehälter hat sich gegenüber dem Vorjahr weiter verlangsamt. Die bisher bekanntgewordenen Tarifabschlüsse liegen im Schnitt unter vier Prozent und damit um etwa 1,5 Prozent niedriger als 1981.

Tariflohn- und -gehaltsniveau¹

1980					1981
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	
+6,6	+5,4	+5,0	+4,9	+4,4	

¹ Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Auf der Grundlage der bisherigen Abschlüsse ergibt sich für 1982 eine Fortsetzung des Reallohnrückgangs mindestens im Ausmaß des abgelaufenen Jahres, also um 1,5 Prozent.

Reallohnentwicklung¹

	1980	1981	1982 ²
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+8,1	+4,6	+3,0
Nettolohn- und -gehaltssumme	+6,5	+4,1	+1,5
Je Beschäftigten	+5,0	+4,5	+3,0
Inflationsrate ³	+5,5	+5,9	+4,5
Realeinkommen je Beschäftigten	-0,5	-1,4	-1,5
Arbeitsproduktivität ⁴	+1,9	+1,8	+2,5

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
² Schätzung des „Frühjahrgutachtens“
³ Lebenshaltung aller Haushalte
⁴ Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (Quelle: DIW-Wochenbericht 18/82; eigene Berechnungen)

Dabei ist in Rechnung zu stellen, daß die Schätzung für die Preisentwicklung sicher als sehr optimistisch gewertet werden muß.

Die hier verwendete Kategorie „Reallöhne“ stellt den Durchschnitt über alle Wirtschaftsbereiche und alle Einkommensgruppen der abhängig Beschäftigten dar. Wie sich die Verhältnisse bei einem Arbeiter der mittleren Verdienstgruppe gestalten, macht eine Berechnung deutlich, die in der Zeitung der Gewerkschaft Holz und Kunststoff aufgestellt wurde. Dabei wird der Tarifabschluß im dortigen Tarifbereich, der immer noch deutlich über den meisten anderer Branchen liegt, zugrunde gelegt.

Gehaltsabrechnung Steuerklasse 3, 3 Kinder

	1981	1982
Gehalt	2700,00	2826,90
Vermögenswirksame Leistung	+ 52,00	+ 52,00
Bruttogehalt	2752,00	2878,90
Lohnsteuer	- 312,80	- 334,60
Kirchensteuer	- 2,95	- 4,91
Krankenversicherung	- 166,57	- 190,02
Rentenversicherung	- 254,67	- 259,13
Bundesanstalt für Arbeit	- 41,30	- 57,58
Nettogehalt	1973,71	2032,66
Bruttoerhöhung in %	-	+ 4,7
Nettoerhöhung in %	-	+ 3,0
Preise März 82 gegenüber März 81	-	+ 5,2

(Quelle: Holzarbeiterzeitung, Nr. 5/1982)

Der Tarifabschluß mit einer Lohn- und Gehaltserhöhung um 4,7 Prozent beinhaltet also einen Reallohnverlust von mehr als zwei Prozent. Einzubeziehen ist zusätzlich die Tatsache, daß das Kindergeld gekürzt wurde, d. h. einer Nettolohnhöhung um 59,- DM steht eine Einbuße von 40,- DM (bei drei Kindern) gegenüber.

Angesichts dieser Situation darf nicht verwundern, wenn die Konsumenten „Kaufzurückhaltung“ üben. Denn zu den Kaufkraftausfällen als Folge rückläufiger Reallohne und -gehälter und verringerter Sozialleistungen kommen für die Haushalte der Arbeiter und Angestellten Einbußen als Folge von Arbeitslosigkeit. Bei einem Anstieg der Lohn- und Gehaltssumme um netto gerade noch 1,5 Prozent haben die Haushalte einschneidende Kaufkraftverluste durch Einsparungen auszugleichen.

3.2 Preise

Die Preisentwicklung hat sich in den letzten Monaten stärker verlangsam als zunächst zu erwarten war.

Lebenshaltung 1982¹

	Veränderung in % gegenüber Vormonat		Veränderung in % gegenüber Vorjahr	
Januar	+0,9		+6,3	
Februar	+0,2		+5,8	
März	+0,2		+5,2	
April	+0,5		+5,0	

¹ Alle Haushalte, Preisbasis 1976 (Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.)

Diese Verlangsamung ist zu einem erheblichen Teil der Preisberuhigung bei Benzin und Heizöl zu verdanken: Benzin war Mitte April um etwa zehn Prozent billiger als im Vorjahr, Heizöl nur drei Prozent teurer. Dagegen hat sich der Anstieg der Lebensmittelpreise beschleunigt, hier liegt die Preissteigerungsrate inzwischen über dem Durchschnitt. Die Annahme, daß die Abschwächung der Inflation sich nicht weiter fortsetzen wird, gründet sich auf die unverminderten inländischen Preisauftriebenden. Die Benzinpreise sind im Mai wieder kräftig angestiegen, so daß hier ein Entlastungseffekt wieder fortfällt.

Hauptursache für die Preisberuhigung ist der sinkende Weltmarktpreis für Rohstoffe, der in Verbindung mit einer wieder erstarkenden DM die Importpreise gesenkt hat.

Gegenwärtig steigen die Importpreise im Vorjahresvergleich wieder langsamer als die Exportpreise.

Ausgewählte Preisindizes 1982

	Industrie- preise		Landwirtschafts- preise		Import- preise		Großhandels- preise	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	+1,3	+8,5	-0,1	+9,1	0,0	+9,5	+1,8	+10,0
Februar	+0,1	+7,7	-1,7	+7,2	+0,7	+4,6	-0,2	+6,0
März	0,0	+6,7			-0,5	+3,9	-0,2	+5,3

¹ In % gegenüber dem Vormonat
² In % gegenüber dem Vorjahr (Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank Ifd.)

Seit Anfang 1981 ist das Rohstoffpreisniveau auf den Weltmärkten rückläufig, eine Tatsache, die von den offiziellen Krisenerklärern gegenwärtig gern unterschlagen wird. Die „internationalen Rahmenbedingungen“ sind zur Zeit für die Bundesrepublik so günstig wie lange nicht mehr.

Auch die Rohölpreise sinken seit dem Winter 1981/82 deutlich. Gegenwärtig sind die OPEC-Verkaufspreise mit 33 Dollar je Barrel (159 Liter) zwei Dollar niedriger als in der gleichen Vorjahreszeit. Da der Dollarkurs (gegenüber der DM) im Mai den Vorjahresstand wieder erreicht hat, schlägt sich der internationale Preisrückgang voll in den bundesdeutschen Importpreisen nieder.

Rohstoffpreise

	Preisindex des HWWA ¹	Preisindex des VWD ²
1980	226	164
1981	241	175
1982		
Januar	239	165
Februar	234	168
März	232	161
April	231	

¹ Auf Dollarbasis, Index 1975 = 100
² Auf DM-Basis, Index 1972 = 100 (Quelle: Frankfurter Allgemeine v. 16. 4. 1982; Ifo-Schnelldienst 13/82)

3.3 Tarifbewegung 1982

Der diese Tarifrunde prägende Abschluß war der sogenannte Krefelder Kompromiß von 4,2 Prozent Einkommensverbesserung, mit dem im März die Metalltarifbewegung beendet wurde. (Bei Redaktionschluß stehen noch die Abschlüsse der Chemieindustrie aus.)

In der Metallindustrie waren die Verhandlungen schon nach der dritten Runde von den Unternehmern für gescheitert erklärt worden. Anfang März begann dann die Schlichtung in Nordrhein-Westfalen, Hessen und anderen Tarifbezirken. Nachdem am 1. März für die IG Metall die Friedenspflicht abgelaufen war, gab es in allen Tarifgebieten eine Welle von Warnstreiks, an denen Zehntausende teilnahmen. Insgesamt – so die Kritik innerhalb der Gewerkschaft – wirkte sich jedoch das recht frühe Eingehen auf die Schlichtung aktionshemmend aus.

Mit dem 4,2-Prozent-Abschluß konnte die IG Metall weder ihr Ziel einer Realeinkommenssicherung noch das der dauerhaften Strukturverbesserungen für die unteren Einkommensgruppen erreichen.

In der Eisen- und Stahlindustrie wurde bei einem 4,2-Prozent-Abschluß sogar eine Laufzeit von 14 Monaten vereinbart, so daß dieses Ergebnis nach der Westrick-Formel nur einem Erhöhungssatz von 3,6 Prozent entspricht. Bei der vierten Verhandlungsrunde im März war es im Stahlbereich zu Warnstreiks gekommen, an denen ca. 65 000 teilnahmen (davon 33 000 in Duisburg).

Im öffentlichen Dienst, in dem es nur zu vereinzelten Aktionen kam (so am 16. März einige Warnstreiks), wurde im April eine Lohn- und Gehaltserhöhung vereinbart, die jahresdurchschnittlich nur 3,0 bis 3,1 Prozent beträgt und damit den staatlichen Forderungen nach einer einprozentigen Einkommensminderung faktisch im Vergleich zum Metallabschluß auf dem „Abrechnungsweg“ entgegenkommt.

Da die Unternehmer in der Druckindustrie sich weigerten, gleichzeitig mit den Lohnverhandlungen die von der IG Druck und Papier vorgelegte neue Lohnstruktur zu behandeln, kam es im April in 89 Betrieben zu Proteststreiks, an denen sich rund 9000 Beschäftigte beteiligten.

Nach mehreren Warnstreiks in Frankfurter Hotels demonstrierten am 15. April 200 Köche, Kellner und Zimmermädchen in Frankfurt gegen das 2,3-Prozent-Angebot der Unternehmenseite.

Insgesamt wurde der Krefelder Kompromiß zum Leitabschluß dieser Tarifrunde. Nur wenige Abschlüsse lagen über 4,2 Prozent, wie z. B. in der Holzverarbeitenden Industrie Niedersachsen und Nordrhein (4,7 bzw. 4,75 Prozent), im Einzel- und Großhandel Hessens (4,35 Prozent) u.a.m.

Stärker ins Gewicht für die Gesamtbewertung fallen die weitaus niedrigeren Abschlüsse in der Stahlindustrie, in der Bauindustrie und vor allem im öffentlichen Dienst. Angesichts einer Inflationsrate von rund fünf Prozent bleibt deshalb auch für dieses Jahr ein Kaufkraftverlust von fast zwei Prozent für die Haushaltskassen der Arbeiter und Angestellten.

Tarifabschlüsse März / April / Mai 1982

Gewerkschaft	Tarifbereich (Betroffene)	Abschluß	Inhalt
IGM	Metallverarbeitende Industrie (3,9 Mio)	März	4,2 % ab 1. 3., für Febr. 120 DM
IGM	VW-Werke (120 000)	März	4,2 % ab 1. 3., für Febr. 120 DM
IGM	Stahlindustrie (200 000)	März	4,2 % (Laufzeit 14 Monate) durchschnittl. 3,6 %
IG Druck und Papier	Papier- und Papierverarbeitende Industrie (108 500)	März	4,2 %
HBV	privates Bankgewerbe (316 000)	März	4,2 %
HBV	Einzelhandel Hessen (124 000)	März	4,35 %
HBV	Großhandel Hessen (100 000)	März	4,35 %
HBV	Großhandel Bayern (180 000)	März	4,2 %
ÖTV	öffentlicher Dienst (2,7 Mio)	April	3,6 % ab 1. 5. (für 10 Monate) für März/April 40 DM 1 Tag Urlaub für alle unter 6 Wo.
IG Druck und Papier	Druckindustrie (180 000)	April	4,2 %, Verhandlungsfahrplan für neue Lohnstruktur
HBV	Versicherungen (205 000)	April	4,2 %, Verbesserung der Schichtregelungen
BSE	Bauindustrie (1,2 Mio)	April	für 6 Monate 3,5 %, für weitere 6 Monate 4,2 %, Durchschnitt: 3,85 %
IG Bergbau	Bergbau (143 000)	Mai	ab 1. 6. 4,2 %, für Mai 75 DM

Quelle: Archiv Soziale Bewegungen, IMSF

3.4 Die Streikentwicklung in den siebziger Jahren

In der Tarifbewegung 1982 ist es den Gewerkschaften nunmehr schon zum dritten Male nicht gelungen, die Realeinkommensverluste der Arbeiter, Angestellten und Beamten auszugleichen. Das Kampfpotential wurde im Gegensatz zur Tarifbewegung in der Metallindustrie 1981 („Neue Beweglichkeit“) nur in geringem Maße in die Auseinandersetzung von den Gewerkschaften eingebracht. Unternehmer- und Regierungsvertreter lobten den gewerkschaftlichen Beitrag zur Erhaltung des „sozialen Friedens“. Diese Situation angesichts andauernder Massenarbeitslosigkeit und einer Verschärfung der sozialen Probleme soll die Gelegenheit bieten, die Entwicklung des Kampfpotentials der Arbeiterklasse – soweit es sich in offenen Arbeitskämpftätigkeiten ausdrückt – in der langfristigen Entwicklung genauer zu betrachten.

Ein internationaler Vergleich der Streikentwicklung mehrerer kapitalistischer Länder zeigt, daß mit dem erneuten Aufbrechen der zyklischen Krise die Arbeitskämpftätigkeiten in allen aufgeführten Ländern spätestens 1981 stark zurückgehen. Offenbar wirkt der Krisendruck zuerst einmal generell dämpfend auf das Niveau des ökonomischen Kampfes.

Streiks in einigen kapitalistischen Ländern 1978 bis 1981

Land	(Streiktage in 1000)			
	1978	1979	1980	1981
BRD	4 281	483	128	58
Großbritannien	9 404	29 474	11 964	4 195
Frankreich	2 187	3 626	1 671	1 495
Italien	71 239*	192 713*	115 201*	69 316*

* Streikausfall nach Arbeitsstunden
 Quelle: Main Economic Indicators (Hrsg. OECD), Paris, May 1982

Der Vergleich belegt auch die Schlußlichtposition der BRD, die von den herrschenden Kreisen immer wieder als „Modell“ der sozialen und politischen Stabilität gepriesen wird. Dennoch waren auch hier 1978, dem Jahr des Drucker-, Metall- und Stahlstreiks, Risse im „Modell“ sichtbar geworden, als erstmals die Streiktage höher als im Vergleichsland Frankreich lagen.

Die siebziger Jahre sind in der Geschichte der Bundesrepublik das Jahrzehnt der höchsten Streikintensität. (Vgl. hierzu ausführlicher: Klaus Pickshaus, Streiks und gewerkschaftliche Gegenmacht. Funktion und Entwicklungstendenzen von Streiks in der Bundesrepublik, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Frankfurt/Main 1981, S. 203 ff.) Betrachtet man diesen Zeitraum jedoch näher, so bildet die Krise 1974/75 sicherlich einen tiefgehenden Einschnitt, der den Beginn langanhaltender ökonomischer Krisenprozesse und eine weitreichende Veränderung der Kampfbedingungen signalisiert. Die Streikentwicklung in dieser durch schwierige Kampfbedingungen und einen Konfrontationskurs des Kapitals geprägten Phase soll nun mit der ersten Hälfte der siebziger Jahre, in der konjunkturell und politisch günstigere Bedingungen vorherrschten, verglichen werden.

Streikintensität in der Bundesrepublik 1969–1980¹

Zeitperiode	Beteiligte – jährlicher Durchschnitt –	Ausfalltage	durchschnittliche Streikdauer in Tagen ²
1969–74	211 402 (378 000) ³	1 084 422	5,1
1975–80	141 516 (467 000) ³	919 802	6,5

¹ einschl. Aussperrungen
² Ausfalltage / Beteiligte
³ korrigierte Streikzahlen aufgrund eigener Erfassung
Quellen: Stat. Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.3, lfd., Berechnungen des IMSF

Ein erster Blick auf die Tabelle zeigt einen Rückgang der Streikintensität in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Dieser Eindruck wird jedoch bei genauerer Betrachtung relativiert: Der Rückgang betrifft in erster Linie die offiziell ausgewiesene Zahl an Arbeitskampfbeteiligten. Die Zahl der durchschnittlichen Ausfalltage geht relativ viel geringer zurück und die durchschnittliche Streikdauer steigt an, was als Indiz für schärfere Konflikte gewertet werden kann. Bezieht man die vom IMSF auf der Grundlage einer alternativen Arbeitskampfstatistik ermittelten Zahlen ein, so ist sogar eine Zunahme der jahresdurchschnittlich Beteiligten zu verzeichnen. Eine Ursache liegt im häufigeren Einsatz von Warnstreiks in Tarifbewegungen und zahlreichen betrieblichen Aktionen gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialdemontage, die von der amtlichen Statistik meist unberücksichtigt bleiben. Auf jeden Fall ist festzuhalten, daß die Streikintensität trotz der verschlechterten Kampfbedingungen ein recht hohes Gesamtniveau behält, auch wenn sich jährlich starke Schwankungen ergeben.

Spontane Streiks sind unter diesen Bedingungen allerdings selten. Ein größeres Gewicht erhalten die gewerkschaftlichen Organisationen und Führungen für die Auslösung kollektiver Gegenwehr. Ein wesentlicher Grund für das hohe Streikniveau liegt in der eine Polarisierung der Klassenbeziehungen in Kauf nehmenden Politik des Monopolkapitals in dieser Periode, die die Gewerkschaften zur kämpferischen Verteidigung ihrer Positionen zwang. Dies trifft vor allem auf die Arbeitskämpfe 1978/79 zu.

Die Streikintensität in der Bundesrepublik ist in den einzelnen Wirtschafts- bzw. gewerkschaftlichen Organisationsbereichen sehr ungleichmäßig entwickelt.

Zwei Drittel bis drei Viertel aller Streikenden in den siebziger Jahren entfallen auf den Organisationsbereich der IG Metall. Dies entspricht zum Teil der wirtschaftlichen Schlüsselrolle der erfaßten Industrie-Gruppe, insbesondere der metallverarbeitenden Industrie. Der Streikanteil des Eisen- und Stahlbereiches, der in den letzten Jahren ständig zurückgegangen war, ist angesichts der Krisenentwicklung sogar auf 20 Prozent gestiegen. Aufgrund der starken Stellung des Metallbereichs besitzt die IG Metall praktisch eine tarifpolitische Schrittmacherverfunktion. Die hohe Streikintensität im Organisationsfeld der IG Metall, die auch in den vorhergehenden Jahrzehnten festzustellen ist, korrespondiert mit der Kontinuität relativ starker kämpferischer Positionen in dieser Gewerkschaft.

Verteilung der Streikaktivitäten auf Wirtschaftszweige, bzw. gewerkschaftliche Organisationsbereiche 1969–1980 (einschließlich Aussperrungen)

	1969–1974		1975–1980	
	Streikbeteiligte (jahresdurchschnittlich)	Anteil in v. H. der an Streiks Beteiligten	Streikbeteiligte (jahresdurchschnittlich)	Anteil in v. H. der an Streiks Beteiligten
Bergbau	3 117	(1,5)	–	(–)
Eisen u. Stahl	15 608	(7,4)	27 736	(19,6)
Metall	141 628	(67,0)	69 002	(48,8)
Chemie	7 191	(3,4)	856	(0,6)
Öffentl. Dienst	27 615	(13,0)	3 449	(2,4)
Post	4 400	(2,1)	4 270	(3,0)
Textil und Bekleidung	1 247	(0,6)	702	(0,5)
Bauindustrie	146	(0,1)	1 600	(1,1)
Papierverarbeitende und Druckindustrie	5 925	(2,8)	31 965	(22,6)
Holz- und Kunststoffverarbeitende Industrie	1 883	(0,9)	443	(0,3)
Gesamt	208 760	(98,8)	140 023	(99,0)

Quelle: Eigene Berechnungen nach Statistische Jahrbücher 1970–1980; Fachserie 1, Reihe 4.3

Beachtenswert ist der Anstieg der Streikanteile der relativ kleinen IG Druck und Papier in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre auf über 22 Prozent. Mit den beiden offensiv geführten Arbeitskämpfen 1976 und 1978 hat die IG Druck und Papier neben der IG Metall die wichtigsten gewerkschaftspolitischen Impulse für die Entwicklung gewerkschaftlicher Gegenwehr unter den krisenbestimmten Kampfbedingungen gegeben. Auf Metall- und Druckbereich zusammen entfallen in diesem Zeitraum über 90 Prozent aller Streikenden.

Die Streikaktivität im öffentlichen Dienst, die zu Beginn der siebziger Jahre erstmalig recht hoch war, ist wieder auf ein niedriges Niveau zurückgefallen. Auffällig ist der sehr geringe Streikanteil des Bergbaus, der Chemie- und der Bauindustrie, die zu den großen und zum Teil auch traditionellen Gewerkschaftsbereichen gehören. Während im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik der Bergbau (33 Prozent) und das Baugewerbe (4 Prozent) zu den kämpferischen Teilen der Gewerkschaftsbewegung zählten, hat sich seit den fünfziger Jahren ein extrem sozialpartnerschaftlicher und antikommunistischer Kurs durchgesetzt, der seine Entsprechung in einer weitgehend sozialfriedlichen Praxis findet. Die Angaben zur Holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie widerspiegeln nicht adäquat die Streikpraxis der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, die nahezu jede Tarifrunde mit einem exemplarischen Arbeitskampf begleitet.

In den offiziellen Übersichten statistisch nicht erfaßt ist auch der zunehmende Warnstreikeinsatz im Organisationsbereich der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Ausdruck einer in den letzten Jahren kämpferisch geprägten Interessenvertretung in diesem Angestelltensektor.

Doch betrachten wir nun die Streikentwicklung in den letzten Jahren im einzelnen. Nach den offiziellen Angaben der Ausfalltage hat die Streikintensität seit dem herausragenden Jahr der Arbeitskämpfe 1978 kontinuierlich abgenommen und 1981 den bisherigen Tiefpunkt erreicht. Allerdings stieg die Zahl der Streikenden nach denselben Angaben 1981 gegenüber dem Vorjahr beträchtlich an. Dadurch reduzierte sich die durchschnittliche Streikdauer auf 0,2 Tage je Beteiligten im Jahr 1981 gegenüber drei Tagen im Jahr 1980 und sieben Tagen im Jahr 1979. Dies ist sicherlich damit zu erklären, daß das Statistische Bundesamt 1981 die ausgedehnte Warnstreikbewegung in der Metallindustrie zumindest zum Teil in den Berechnungen berücksichtigt hat. Nach Angaben der IG Metall waren an diesen Warnstreiks, die sich fast über zwei Monate verteilten und ein Bestandteil des Konzepts der „Neuen Beweglichkeit“ waren, insgesamt aber ca. drei Millionen Beschäftigte beteiligt. (Vgl. hierzu „Neue Beweglichkeit – neue Impulse?“, Soziale Bewegungen Nr. 11, Frankfurt/Main 1982.) Die wirklichen Mindestzahlen der Streikbeteiligung im Jahre 1981 (die im Heft 12 der „Sozialen Bewegungen“ vom IMSF veröffentlicht werden) werden deshalb noch weitaus höher als die offiziell ausgewiesenen liegen.

Streikentwicklung 1975 bis 1981: Ausfalltage durch Arbeitskämpfe und offizielle bzw. Mindestangaben der Streikenden und Ausgesperrten (in Tsd.)

	Ausfalltage (offizielle Angaben)	Streikende bzw. Ausgesperrte offizielle Zahlen	Mindestangaben
1975	69	36	55
1976	534	169	589
1977	24	34	226
1978	4 281	488	1 126
1979	483	77	174
1980	128	45	632
1981	58	253	–

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.3, Streiks und Aussperrungen, lfd.; eigene Berechnungen des IMSF

Es war schon darauf hingewiesen worden, daß die offizielle, vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Streikstatistik nur ein unvollständiges Bild der wirklichen Kampfaktivität vermittelt. Dies ergibt sich u. a. daraus, daß nur Streiks erfaßt werden, an denen mindestens zehn Beschäftigte mindestens einen Tag teilgenommen haben oder die zum Ausfall von mindestens 100 Arbeitstagen geführt haben. Zudem hängt die Registrierung von der Meldung durch die Unternehmer ab. Deshalb werden insbesondere Warnstreiks während der Tarifeinsetzungen oder als Protest gegen Arbeitsplatz- bzw. Sozialabbau nur sehr unzureichend berücksichtigt. Die starken Diskrepanzen zwischen den offiziellen Zahlen zur Streikbeteiligung und den vom IMSF berechneten Mindestangaben in den letzten Jahren sind insbesondere auf eine Ausweitung dieser Kampfform des Warnstreiks zurückzuführen. Auch wenn die Gewerkschaften nur in geringem Maße zur Organisation offizieller Arbeitskämpfe während der letzten Jahre gegriffen haben, ist die Bereitschaft zum Einsatz des kurzen Warnstreiks vor allem auf lokaler und regionaler Ebene und weit über die traditionellen Bereiche hinaus gewachsen. Berücksichtigt man alle Kampfformen, so ergibt sich auf der Grundlage der alternativen Arbeitskampfstatistik des IMSF aufgliedert nach Konfliktgegenständen für die letzten Jahre das folgende Bild:

Beteiligte an Streiks, Warnstreiks und anderen Aktionen 1975–1980*

Anlaß für die Aktion	1975	1976	1977	1978	1979	1980
in Tarifeinsetzungen geg. Arbeitsplatzvernichtung	55 000	589 000	226 000	913 500	210 100	264 800
gegen Sozialabbau	8 000	–	4 000	3 000	7 200	87 000
Zusammen	83 000	623 000	347 700	1 046 500	272 200	731 500

*Die Zahlen sind auf ganze Hundert gerundet
Quelle: H. Bömer u. a., Neue Beweglichkeit – neue Impulse? Soziale Bewegungen 11, Frankfurt/Main 1982, S. 21

Da bei diesen Berechnungen in der Regel auch Demonstrationen und ähnliche Kampfformen einbezogen wurden, ergeben sich bei den Gesamtzahlen der einzelnen Jahre zumeist Abweichungen nach oben gegenüber den Mindestangaben der vorigen Tabelle. Bei dem Zeitreihenvergleich fallen folgende Gesichtspunkte ins Auge: – Das Beteiligungsniveau an den Tarifeinsetzungen ist bei allen jährlichen Schwankungen und jeweiligen Schwerpunktverschiebungen relativ hoch. Dies ist u. a. ein Ergebnis davon, daß das Kampfinstrument des Warnstreiks nicht nur in der Metallindustrie, sondern zunehmend auch von neuen Gruppen z. B. im Organisationsbereich von HBV allgemein akzeptiert und angewandt wird. – Eine besonders starke Zunahme ist bei den Aktionen gegen Arbeitsplatzvernichtung zu registrieren, die sich mit Sicherheit auch für 1981 bestätigen wird. Dabei kommt es auch zur Anwendung militanterer Kampfformen wie Betriebsbesetzungen, die über den einzelnen Betrieb hinaus eine Signalwirkung besitzen. – Aktionen gegen Sozialabbau haben 1980 sprunghaft zugenommen. Diese Tendenz wird sich mit der zunehmenden staatlichen Sozialdemontage (Operation '82) 1981 eindeutig bestätigen. Allein im

Herbst 1981 fanden neben der großen Kundgebung der 70 000 in Stuttgart zahlreiche regionale und lokale Protestaktionen statt.

Insgesamt ist also durchaus die Bereitschaft großer Teile der Arbeiterklasse zu registrieren, sich kämpferisch für die Verteidigung ihrer Interessen einzusetzen. Allerdings ist dieses Potential in den letzten Jahren nur in eingeschränktem Maße (so im Poststreik 1980 und bei der „Neuen Beweglichkeit“ im Frühjahr 1981) von den Gewerkschaften in offiziellen Arbeitskämpfen mobilisiert worden. Dies schlägt sich in der amtlichen Statistik in einem starken Rückgang der Streikzahlen 1980 und dann 1981 nieder, in denen die reale Kampfaktivität sich nicht hinreichend widerspiegelt.

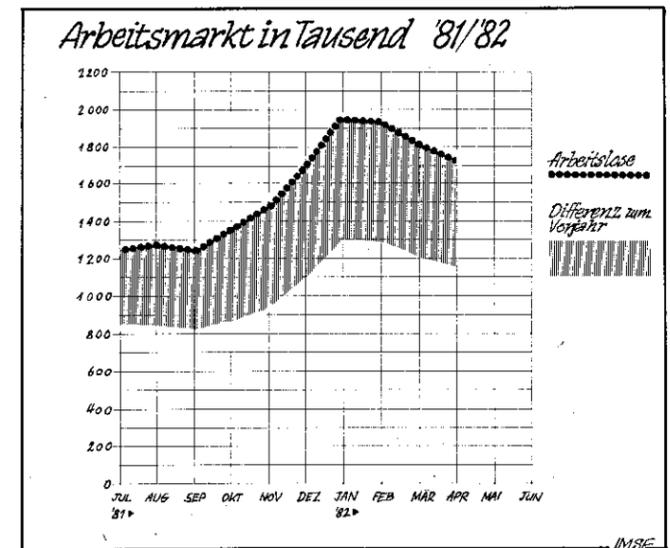
3.5 Arbeitslosigkeit

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt bestimmt weitgehend das Bild von der sozialen Lage der Arbeiterklasse. Sieht man von saisonal bedingten Schwankungen ab, so klettern die offiziellen Arbeitslosenzahlen von Monat zu Monat weiter. Nachdem die amtlichen Prognosen zum Jahresanfang noch von 1,65 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1982 ausgegangen waren, liegen die Schätzungen heute bei 1,8 Millionen. Und selbst hierbei wird vorausgesetzt, daß es in der zweiten Jahreshälfte zu einer Konjunkturbelebung kommt.

Arbeitsmarkt

	Arbeitslose (1)		Kurzarbeiter (2)		Offene Stellen (1)	
Juli	1246	+393	221	+136	219	–116
August	1289	+424	167	+124	206	–118
September	1256	+434	268	+130	176	–123
Oktober	1366	+478	367	+178	155	–120
November	1490	+522	436	+172	132	–114
Dezember	1704	+586	506	+149	118	–108
Januar	1950	+641	539	+137	122	–106
Februar	1935	+635	587	+213	132	–107
März	1811	+601	551	+146	134	–113
April	1710	+564	491	+131	128	–114

(1) in 1000 Personen (2) Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)



Doch selbst langfristig günstigere Wachstumsbedingungen können den Anstieg der Arbeitslosenzahlen nicht verhindern, geschweige denn zu einem Abbau der Unterbeschäftigung beitragen. Dies demonstriert eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), einer Einrichtung der Bundesanstalt für Arbeit. Ausgehend von einem jahresdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 2,8 Prozent zwischen 1980 und 1990 und einem jahresdurchschnittlichen Rückgang der Arbeitszeit um 1,1 Prozent, errechnet das IAB für 1985 eine Zahl von drei Millionen tatsächlichen Arbeitslosen (zur Zeit etwa 2,6 Millionen). Die Zahl steigt weiter auf 3,7 Millionen im Jahre 1990.

Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Wachstumsannahme von 2,8 Prozent jährlich gegenwärtig für recht optimistisch angenommen werden muß. Denn da es in den beiden ersten Jahren dieses Jahrzehnts, also 1981 und 1982, bestenfalls eine Stagnation gegeben hat, müßte in den kommenden Jahren eine Wachstumsrate von mindestens 3,5 Prozent jährlich bis 1990 erreicht werden. Außerdem kalkuliert das IAB einen „normalen“ Rückgang der Arbeitszeit durch Urlaubsverlängerung usw. schon ein. Selbst günstige Annahmen zur Entwicklung von Wachstum und Arbeitszeit unterstreichen die Dimension der Arbeitsmarktprobleme.

Ohne die Ziffern des IAB auf die Goldwaage zu legen, wird doch deutlich, daß von einer reinen Wachstumspolitik – selbst wenn sie erfolgreich sein sollte – keine Entschärfung des Arbeitsmarktproblems zu erwarten ist. Ebenso wenig sind dazu zögernde Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung geeignet. Die damit verbundenen geringfügigen Entlastungseffekte werden durch Produktivitätserhöhungen aufgefangen. Nur durch eine wirklich einschneidende Verkürzung der Wochenarbeitszeit kann die unheilvolle Entwicklung noch umgekehrt werden. Schon rein rechnerisch – d. h. bei voller Auswirkung auf die Beschäftigung – müßte die Arbeitszeit im laufenden Jahr um etwa vier Stunden wöchentlich verkürzt werden, wenn die gegenwärtige Arbeitslosigkeit ganz abgebaut werden soll. Da aber ein Teil durch höhere Produktivität aufgefangen wird – es wird von einem Drittel des Beschäftigungseffekts gesprochen –, wäre eine Verkürzung um sechs Wochenstunden notwendig.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg und Klaus Pickshaus, 6000 Frankfurt am Main
Der Abschnitt 1.3 wurde von Elvio Dal Bosco verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 19. 5. 1982. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 36,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM, Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.

Neuerscheinung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) - Frankfurt/Main



Informationsbericht Nr. 35

Krise der Automobilindustrie - Das Beispiel des Multi
General Motors / Opel AG

Verfasser : Dietmar Düe, Jörg Hentrich

150 S., DM 15,--

Gegenstand

Die Automobilindustrie ist in unserem Land ein entscheidender ökonomischer Faktor, was sich darin ausdrückt, daß Erschütterungen in dieser Branche in vielen anderen Bereichen stark spürbar sind. Schwerpunkt der Untersuchung ist die Entwicklung und Struktur der Adam Opel AG, die zugleich ein Teil eines der mächtigsten Multis mit Stammsitz in den USA ist.

Neben der ökonomischen Strategie und der Rationalisierungspolitik der Opel AG bzw. des GM-Konzerns werden die Auswirkungen auf die Lage der Beschäftigten und auf die betrieblich/gewerkschaftlichen Kämpfe und Handlungsbedingungen analysiert.

Tabellen/ Schaubilder

24 Schaubilder im Text und insgesamt 43 Tabellen stellen alle wichtigen Daten über den GM/Opel-Konzern und die Automobilindustrie zusammen.